

# Sélection d'article sur la politique suisse

processus

**Referenda gegen Parlamentsreform 1992 (90.228/90.229)**

# Imprimer

## Éditeur

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Contributions de

Hirter, Hans

## Citations préféré

Hirter, Hans 2025. *Sélection d'article sur la politique suisse: Referenda gegen Parlamentsreform 1992 (90.228/90.229), 1991 - 1992*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), téléchargé le 06.01.2025.

# Sommaire

<b>Chronique générale</b>	1
<b>Eléments du système politique</b>	1
Institutions et droits populaires	1
Organisation du Parlement	1

# Abréviations

---

# Chronique générale

## Eléments du système politique

### Institutions et droits populaires

#### Organisation du Parlement

INITIATIVE PARLEMENTAIRE  
DATE: 28.11.1991  
HANS HIRTER

Während der Debatte im Parlament hatte kein Gegner offen mit dem **Referendum** gedroht. Verschiedentlich waren freilich Anträge auf Kürzungen der vorgeschlagenen Entschädigungen mit dem Argument begründet worden, dass damit ein Referendum verhindert werden könne. Die vorgenommenen Reduktionen genügten aber offenbar nicht: Ende Oktober kündigten vier Studenten der Handelshochschule St. Gallen an, dass sie mit der Unterschriftensammlung für Volksabstimmungen über alle drei Teile der Vorlage (Geschäftsverkehrs-, Entschädigungs- und Infrastrukturgesetz) beginnen würden. Einige bürgerliche Parlamentarier – unter ihnen die Nationalräte Blocher (svp, ZH) und Stucky (fdp, ZG) – sowie der Schweizerische Gewerbeverband sicherten sofort ihre Unterstützung zu. Trotz der politischen Unerfahrenheit des Referendumskomitees wurde die Kampagne gegen das als Schritt in Richtung Berufsparlament charakterisierte Reformpaket äusserst professionell organisiert: mit der Öffentlichkeitsarbeit und der UnterschriftenSammlung wurde ein St. Galler Werbebüro betraut.<sup>1</sup>

INITIATIVE PARLEMENTAIRE  
DATE: 03.09.1992  
HANS HIRTER

Die **Referenden** gegen die beiden vom Parlament im Vorjahr beschlossenen **Gesetzesrevisionen** (Geschäftsverkehrsgesetz bzw. Entschädigungsgesetz) sowie gegen das neue Infrastrukturgesetz kamen mit je ca. 55'000 gültigen Unterschriften zustande. Obwohl sich das Referendum gegen alle drei Vorlagen richtete, **konzentrierten die Gegner ihre Propaganda vor allem auf die Erhöhung der Parlamentarierentschädigungen** und am Rande auch noch auf die mit dem Infrastrukturgesetz geschaffene Möglichkeit, persönliche Mitarbeiter einzustellen. In ihrer Propaganda erwähnten sie hingegen nicht, weshalb sie auch die Revision des Geschäftsverkehrsgesetzes ablehnten, welche als wichtigste Neuerung dem Parlament mehr Mitsprache bei der Gestaltung der Aussenpolitik bringt (die im Parlament umstrittene Verlagerung der Kommissionsarbeit auf ständige Ausschüsse war im Geschäftsreglement der Räte geregelt worden und unterstand damit dem Referendum nicht).<sup>2</sup>

DÉBAT PUBLIC  
DATE: 26.09.1992  
HANS HIRTER

Unter den mehr als **140 National- und Ständeräten**, welche sich zum **befürwortenden Komitee** zusammenfanden, waren ausser der AP sämtliche Fraktionen vertreten. Im gegnerischen "Abstimmungskomitee gegen die verdeckte Einführung des Berufsparlaments" machten neben zwölf aktiven Nationalräten aus SVP (u.a. Blocher, ZH), AP und FDP (Stucky, ZG) auch einige ehemalige Bundesparlamentarier mit. Von den Parteien sprachen sich nur gerade die **AP und die SVP** (ohne einige ihrer wichtigeren Kantonalparteien, welche die Ja-Parole ausgaben) **gegen die Parlamentsreform** aus.<sup>3</sup>

INITIATIVE PARLEMENTAIRE  
DATE: 27.09.1992  
HANS HIRTER

Das **Abstimmungsergebnis vom 27. September** fiel deutlich aus: Zwar stimmte das Volk der Revision des Geschäftsverkehrsgesetzes zu, die beiden Vorlagen, welche die Arbeitssituation der Parlamentarier verbessert, die Bundesfinanzen aber zusätzlich belastet hätten, wurden jedoch klar abgelehnt. Dabei war das Ergebnis bei der Entschädigungserhöhung für die Nationalräte noch etwas deutlicher als bei den Mitteln für die Einstellung von Assistenten.

Infrastrukturgesetz.  
Abstimmung vom 27. September 1992

Beteiligung: 45,6%  
Nein: 1 339 597 (69,4%)  
Ja: 590 484 (30,6%)

Parolen:  
-Nein: SVP (5\*), AP.  
- Ja: FDP (8\*), SP, CVP (6\*), GP, LP, SD (1\*), LdU (1\*), EVP, PdA, EDU, SGB, CNG.

Revision Entschädigungsgesetz.  
Abstimmung vom 27. September 1992

Beteiligung: 45,6%  
Nein: 1 424 954 (72,4%)  
Ja: 542 768 (27,6%)

Parolen:  
-Nein: SVP (6\*), AP.  
- Ja: FDP (4\*), SP, CVP (3\*), GP, LP, SD (1\*), LdU (1\*), EVP, PdA, EDU, SGB, CNG.

Revision Geschäftsverkehrsgesetz.  
Abstimmung vom 27. September 1992

Beteiligung: 45,4%  
Ja: 1 097 185 (58,0%)  
Nein: 794 132 (42,0%)

Parolen:  
- Ja: FDP (2\*), SP, CVP (1\*), GP, LP, SD (1\*), LdU, EVP, PdA, EDU, SGB, CNG.  
- Nein: SVP (9\*), AP.

\*In Klammern Anzahl der abweichenden Kantonalsektionen

Die nach dem Urnengang durchgeführte Umfrage ergab, dass die Verbesserung der materiellen Stellung der Nationalräte von allen Bevölkerungsgruppen abgelehnt worden war; am deutlichsten von den Landwirten und den beruflich wenig Qualifizierten, am knappsten von den Hochschulabsolventen und den Personen in leitender Funktion. Wie die Parteiparolen erwarten liessen, fiel die Ablehnung bei den Sympathisanten der GP und der SP weniger deutlich aus als bei den Anhängern weiter rechts stehender Parteien; Zustimmung fand die Reform aber auch bei diesen nicht. Die Gegnerschaft war zudem weniger ausgeprägt in der französischsprachigen Schweiz. Diese grössere Wertschätzung der parlamentarischen Arbeit in der Westschweiz könnte damit erklärt werden, dass in dieser Region auch auf kommunaler Ebene Parlamente und nicht Gemeindeversammlungen die Regel sind. Bei der Befragung nach den Entscheidungsmotiven zeigte sich, dass die Kritik fast ausschliesslich gegen die Erhöhung der Entschädigungen und die damit verbundenen Kosten gerichtet war; das Festhalten an der Idee eines Milizparlaments spielte hingegen eine weniger grosse Rolle. <sup>4</sup>

---

1) NZZ, 1.11.91; Bund, LNN und SGT, 7.11.91; LNN, 28.11.91.

2) BBI, 1992, II, S. 1655 ff.; NZZ, 14.1.92. Zur Parlamentsreform siehe A. Huber-Hotz, „Parlament und Parlamentsreform“, in Die Volkswirtschaft, 65/1992, Nr. 9, S. 15 ff.; SGT, 18.1. und 23.3.92; NZZ, 28.8.92.; Vgl. dazu Presse vom 28.8.92; SGT, 3.9.92.

3) Vgl. Presse vom 20.8.-26.9.92.

4) BBI, 1992, VI, S.441; Presse vom 28.9.92.; Vox, Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 27. September 1992, Bern 1993.